



Protokoll

Schulbeirat | Sitzung

28. Juli 2021, 16:35 bis 18:55 Uhr

öffentlich

Rathaus am Marktplatz, Bürgersaal

Vorsitzender: Bürgermeister Martin Lenz

Protokollführerin: Erika Schäfer

Teilnehmende siehe Anwesenheitsliste

Anwesende Mitglieder: 20

Abwesende Mitglieder: 5

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der Vorsitzende verpflichtet:

- **Frau Andrea Grumann**, ordentliches Mitglied (Vertretung der Schülerinnen und Schüler der beruflichen Schulen)
- **Frau Alexandra Thiel**, stellvertretendes Mitglied (Vertretung der Lehrkräfte der allgemeinbildenden Schulen)
- **Frau Andrea Stephan**, stellvertretendes Mitglied (Vertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der an der Berufserziehung von Schülerinnen und Schulen Mitverantwortlichen)

Der Vorsitzende entschuldigt:

- **Herrn Stadtrat Schnell** (AfD), ohne Vertretung
- **Frau Stadträtin Moser** (SPD), ohne Vertretung
- **Frau Stadträtin Meier-Augenstein** (CDU), ohne Vertretung
- **Frau Stadträtin Rastätter** (GRÜNE), ohne Vertretung
- **Frau Kratzmeier-Fürst** (Vertretung der Lehrkräfte der allgemeinbildenden Schulen), Vertretung: Frau Thiel
- **Frau Blume** (Vertretung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer der an der Berufserziehung von Schülerinnen und Schulen Mitverantwortlichen), Vertretung: Frau Stephan

TOP 1 **Zukunft_Schule**
- mündlicher Bericht -

Der Vorsitzende begrüßt **Frau Schiller**, **Herrn Ringle** und **Herrn Rieß** vom Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft

Frau Stadträtin Uysal (SPD) betritt den Sitzungssaal.

Frau Schiller erläutert Hintergrund, Projektstruktur, Ablauf, Ziele und aktuelle Arbeit am Projekt „Zukunft_Schule“ anhand beiliegender Präsentation (*Anlage*). Ziel des Vorhabens sei es, im Quartier „Zukunft Nord“ eine zukunftsfähige Interimsschule im Sinne eines dauerhaften, nachhaltigen und hochgradig anpassungsfähigen Ausweich-Schulstandorts zu schaffen. Zukunft_Schule stehe im Kontext des Klimaschutzkonzepts 2030, dies ziele darauf ab, alle städtischen Gebäude bis 2040 klimaneutral zu machen. In Karlsruhe seien zahlreiche Schulen, die zwischen den 1950er und 1970er Jahren gebaut wurden, zwischenzeitlich sanierungsbedürftig. Sanierungen von Schulen im laufenden Betrieb verursachen zum einen Probleme hinsichtlich des Bauablaufs, weil die Sanierungen nur abschnittsweise erfolgen können und Schutzmaßnahmen vorgenommen werden müssen, die wiederum zusätzliche Kosten verursachen. Zum anderen beeinträchtigen Baumaßnahmen in erheblichem Umfang den Schulalltag und die im Kontext der Schule lernenden und arbeitenden Menschen. Häufig entstanden kostenaufwändige und nicht nachhaltige Containerlösungen. Als potentiell verlagerungsfähig eingeschätzt werden in erster Linie allgemeinbildende weiterführende Schulen ohne fachspezifische Schwerpunkte. Der Verlagerungszeitraum für eine Schule werde mit etwa drei Jahren bemessen. Das ca. 8.500 m² große Grundstück im Quartier „Zukunft Nord“ biete ausreichend Platz für den Bau eines fünfzügigen Gymnasiums. Das Grundstück sei sehr gut an den öffentlichen Personennahverkehr angebunden. Im Quartier befinden sich zahlreiche weitere Schulen und Bildungseinrichtungen (Comenius-Realschule, Heisenberg-Gymnasium, Marylandschule, Duale Hochschule). An der Entwicklung dieses wissenschaftlich begleiteten Projekts beteiligt seien städtische Ämter (Sozial- und Jugendbehörde, Stadtjugendausschuss, Stadtplanungsamt, Kulturamt, Schul- und Sportamt und andere), Vertretungen aus dem schulischen Bereich (beispielsweise geschäftsführende Schulleitungen, Schülerinnen und Schüler) und Eltern. Das Projekt sei im Dezember 2020 gestartet. Geplant sei, Zukunft_Schule im Sommer 2027 fertigzustellen, sodass die erste Schule zum Schuljahr 2027/28 Schule einziehen könnte. Der Kostenrahmen liege bei etwa 50 Millionen Euro. SPC und Kämmerei erarbeiten aktuell eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung.

Der Vorsitzende stellt fest, dass mit dem Weißbuch Schulen und dem Gebäudezustandsbericht die Grundlagen gelegt worden seien, um eine Sanierung der Schulen sukzessive vorzunehmen.

Herr Stadtrat Hofmann (CDU) ist grundsätzlich von dem Projekt überzeugt, warnt allerdings davor, zu viele Partner in die Planungen einzubeziehen. Erfahrungsgemäß lähmen aufwändige Abstimmungen die Prozesse. Er plädiert für ein zügiges Vorantreiben der Maßnahme.

Frau Schiller erklärt, in Planungsprozessen entstanden stets viele Ideen. Einige davon würden sich im weiteren Verlauf des Prozesses als nicht umsetzbar erweisen oder verschwänden aus anderen Gründen wieder. Überzeugende und tatsächlich zustande kommende Kooperationen würden jedoch in der Regel hilfreiche Synergien schaffen, die Arbeit erleichtern und das Projekt bereichern. Einer schnelleren Umsetzung des Projekts seien in mehrfacher Hinsicht Grenzen gesetzt. Zum einen sei selbst für die Einplanung der benötigten Finanzmittel in den Haushalt 2024/25 bereits eine Sonderfinanzierung erforderlich. Außerdem müssten rechtliche und verfahrensmäßige Vorgaben zwingend eingehalten werden.

Herr Ringle ergänzt, die Grundidee dieses Projektes sei, die Schulgemeinschaft in eine sehr moderne Schule umzuziehen und dort auch Beispiele für eine Transformation der

pädagogischen Konzepte und der Art zu Arbeiten aufzuzeigen. Man wolle den Schulgemeinschaften ermöglichen, neue Konzepte auszuprobieren und an diesen Erfahrungen zu wachsen.

Herr Stadtrat Bauer (GRÜNE) appelliert dafür, die Schülerschaft frühzeitig und breit in die Planungen des ambitionierten Vorhabens - insbesondere auch im Hinblick auf den technischen Support - einzubeziehen. Auch ihm ist eine schnelle Umsetzung wichtig. Auf gar keinen Fall dürfe das Zeitziel 2040 für klimaneutrale städtische Gebäude überschritten werden.

Frau Schiller informiert, der Arbeitskreis der Karlsruher Schülervertreter (AKS) arbeite von Anfang an intensiv engagiert und sehr bereichernd in dem Projekt mit. In geplante Workshops sollen darüber hinaus auch Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschulen und Realschulen eingebunden werden. Die hilfreiche Idee der Integration von Schülerinnen und Schüler auch in den technischen Support werde sie dem Stadtmedienzentrum zukommen lassen.

Frau Stadträtin Uysal (SPD) stellt erfreut fest, dass dieses Vorhaben dem im März 2021 gestellten Antrag der SPD, Sanierungsrückstände an Schulen zügig abzubauen, Rechnung trage.

Herr **Stadtrat Cramer** (KAL) betritt den Sitzungssaal.

Frau Stadträtin Binder (DIE LINKE.) stimmt dem Vorhaben grundsätzlich zu, möchte jedoch wissen, ob auf die Ausschreibung eines Wettbewerbs verzichtet werden könne und in welchem Umfang Auslagerungen von Schulen geplant seien.

Frau Schiller informiert, eine Ausschreibung sei vergaberechtlich zwingend erforderlich. Dabei werde sich das Amt für Hochbau und Gebäudewirtschaft an bestehenden, bewährten Konzepten mit einer anpassungsfähigen inneren Struktur orientieren. Nach aktueller Modellrechnung werde man bis zum gesetzten Zeitziel 2040 etwa sieben Schulen nacheinander in dem neuen Gebäude unterbringen können. Kleinere Schulen könnten möglicherweise auch gleichzeitig das Gebäude beziehen.

Herr Lehmann (Eltern) begrüßt die Orientierung am bewährten Konzept der Schulgebäude nach skandinavischem Modell, das auch Büros für Lehrkräfte vorsehe.

Frau Schiller informiert, für die Lehrkräfte im Ganztagsbetrieb seien mehrere kleinere Lehrerzimmer mit unterschiedlicher Funktionsbestimmung (Arbeit, Austausch, Ruhezone) vorgesehen.

Herr Höll (Schülerinnen und Schüler allgemeinbildende Schulen) bedankt sich für die Einbindung der Schülerinnen und Schüler und sieht in Zukunft_Schule die Chance für eine zukünftige Schülerschaft und deren Lehrkräfte, in einem modernen neuen Schulgebäude innovative Konzepte ausprobieren zu können. Er möchte wissen, wie die Sanierung an Schulen, die nicht umgezogen werden können (Grundschulen, allgemeinbildende weiterführende Schulen mit fachspezifischem Schwerpunkt berufliche Schulen und zu weit entfernt liegende Schulen) erfolge.

Herr Ringle erklärt, für nicht verlagerungsfähige Schulen würden lokale Lösungen erarbeitet. Zukunft_Schule sei besonders gut geeignet für erforderliche Verlagerungen großer, innenstädtischer Gymnasien. Diese würden die Verwaltung stets vor große Herausforderungen und hohe Kosten stellen.

Herr Stadtrat Wenzel (FW) möchte wissen, inwieweit für den Bedarfsfall zusätzliche Erweiterungsflächen für das Vorhaben vorhanden seien.

Frau Schiller erklärt, das Grundstück biete über die aktuell vorgesehenen 12.000 m² Bruttogeschossfläche hinausgehende Möglichkeiten.

Der Vorsitzende erklärt, mit dieser Präsentation habe man das Gremium informieren wollen. Mit gebäudefachlichen Fragen und weiteren Planungen werden sich Planungs- und Bauausschuss vertieft beschäftigen.

Ergebnis:

Der Schulbeirat nimmt Kenntnis.

TOP 2 Strategie: Rechtsanspruch auf ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote für Grundschul Kinder ab dem Schuljahr 2026/27

- Vorlage -

Herr Karl (Schul- und Sportamt) erläutert, die Strategie für den Rechtsanspruch auf ein ganztägiges Betreuungsangebot basiere auf der bereits bestehenden Rahmenkonzeption und Richtlinie „Ganztagsangebote für Grundschul Kinder“. Die darin enthaltenen Grundgedanken wurden weiterentwickelt und fortgeschrieben. Bei der Strategie handle es sich um ein erstes grobes Konzept, das nach Zustimmung des Gemeinderats in verschiedenen Arbeitsgruppen und unter Einbindung aller Beteiligten Zug um Zug detaillierter weiterentwickelt werde. Der Rechtsanspruch könne dabei über zwei Säulen eingelöst werden. Eine Säule bilde die „Ganztagschule“ in verbindlicher oder offener Angebotsform. Dabei liege der Schwerpunkt auf „Schule, Pädagogik und Lernen“. Als freiwillige Leistung finanziert die Stadt Karlsruhe pro Ganztagsgruppe eine die Lehrkraft unterstützende Erziehungskraft. Die zweite Säule bestehe im „Schulkind- Bildungs- und Betreuungssystem (SKiBB)“. Der Schwerpunkt bei SKiBB liege auf aktiver Freizeitgestaltung. Zu den zentralen Aspekten von SKiBB gehöre beispielsweise, dass alle Grundschulen bedarfsorientiert und anbieterunabhängig über vergleichbare Angebotsstrukturen im Sinne von standardisierten Modulen mit einheitlicher Preisgestaltung, einheitlicher Personalausstattung und einheitlichen Betreuungszeiträumen verfügen. Die bisherige Vielzahl von Begriffen für Betreuungsangebote wie „Kernzeit“, „Ergänzende Betreuung“, „Flexible Nachmittagsbetreuung“ und „Hort an der Schule“ gehen zukünftig in den Modulen von SKiBB auf. Dadurch würden auch Anträge auf Schulbezirkswechsel aufgrund des Bedarfs an einem bestimmten Betreuungsangebot obsolet. Im Schuljahr 2019/20 nahmen etwa 81 Prozent der Kinder im Grundschulalter an einem über die Halbtagschule hinausgehenden Bildungs- und Betreuungsangebot teil. Das Platzangebot soll auf 90 Prozent ausgebaut werden. Es sei vorgesehen, dass die Module über ein digitales Buchungs- und Abrechnungsportal von den Eltern taggenau gebucht und automatisch abgerechnet werden. Dazu sei das Schul- und Sportamt bereits im Gespräch mit dem Anbieter des digitalen Kita-Portals, um Anpassungs- und Erweiterungsoptionen des Portals zu eruieren. In einem nächsten Schritt sollen die Grundschulen aufgefordert

werden, standortbezogen mit der Schulgemeinschaft die zukünftige Ausrichtung der Schule, den zu erwartenden Betreuungsbedarf und dessen Umfang, die angestrebte Angebotsform und den bevorzugten Träger des Angebots abzustimmen.

Herr Stadtrat Bauer (GRÜNE) empfindet das zukünftige Betreuungsangebot für Grundschulkindern übersichtlich und transparent. Besonders positiv sei das geplante partizipative Vorgehen, der inklusive und flexible Ansatz, der seiner Meinung nach dazu beitrage, die Akzeptanz der Eltern zu erhöhen. Er begrüßt die erneute Ausrichtung der Horte auf ihre ursprüngliche Zielsetzung und die Flexibilisierung der Ganztagschule durch die Möglichkeit, das Drei-Tage-Zeitmodell einzuführen. Auch wenn er sich darüber hinaus eine weitere Flexibilisierung der Ganztagschule (Drei-Tage-Sieben-Stunden und Vier-Tage-Sieben-Stunden) wünschen würde, sehe er die Grenzen der praktischen Umsetzungsmöglichkeiten. Er wünscht regelmäßige Zwischenberichte zum aktuellen Planungsstand.

Auch **Herr Stadtrat Hofmann** (CDU) ist mit dem Ansatz zufrieden und wünscht regelmäßige Zwischenberichte. Besonders wichtig sei, dass Eltern zwischen unterschiedlichen Bildungs- und Betreuungsangeboten wählen können. Gut sei auch, dass die Zentralisierung der Verwaltung der Angebote zu einer Reduzierung des Verwaltungsaufwands führe. Sobald die Kostenverteilung zwischen Bund, Land und Kommune geklärt sei, müsse ermittelt werden, welche Beträge zu welchem Zeitpunkt auf die Kommune zukommen werden.

Frau Stadträtin Binder (DIE LINKE.) befürchtet, dass die (tägliche) Flexibilisierung des Betreuungsangebots mit einem Verlust des Bildungsanspruchs einhergehe. Sie ist besorgt, dass das flexible Betreuungsmodell höhere Kosten verursache als die Ganztagschule und hat Bedenken hinsichtlich der Planbarkeit des Personaleinsatzes.

Herr Karl (Schul- und Sportamt) erläutert, Flexibilität sei im Sinne eines taggenau buchbaren Bedarfs zu verstehen. Unabhängig davon müsse die Anmeldung für einen noch festzulegenden Zeitraum von mindestens einem Schulhalbjahr oder einem kompletten Schuljahr verbindlich erfolgen. Bei SKiBB liege der Schwerpunkt auf aktiver Freizeitgestaltung. Das ganztägige Bildungsangebot sei das Konzept der Ganztagschule.

Frau Krämer (geschäftsführende Schulleiterin) erkundigt sich, ob auch die Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren (SBBZ) in das Konzept eingebunden seien.

Herr Karl (Schul- und Sportamt) informiert, das grundsätzliche Planungskonzept schließe auch die Kinder der Grundstufe der SBBZ ein. Das Umsetzungskonzept für die konkrete Ausgestaltung des Angebots müsse zu gegebener Zeit erarbeitet werden.

Herr Stadtrat Wenzel (FW) möchte wissen, ob es nach Einführung des Rechtsanspruchs noch reine Halbtagschulen gebe.

Herr Karl (Schul- und Sportamt) bejaht dies. Bei Bedarf könne an Halbtagschulen SKiBB als ergänzendes Betreuungsangebot eingeführt werden.

Der Schulbeirat empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig, die schrittweise Erarbeitung der Konzeption „Schulkind-Bildungs- und Betreuungssystem (SKiBB)“ zu beschließen.

TOP 3 Grundschule am Wasserturm: Überprüfung der Einhaltung des Qualitätsrahmens Ganztagsgrundschule Baden-Württemberg
- Stellungnahme zum Antrag -

PLUS: Ergänzungsantrag DIE LINKE.

Der Vorsitzende begrüßt **Frau Kuropka** vom Stadtjugendausschuss Karlsruhe e. V. und merkt an, dass der Gemeinderat beschlossen habe, dass Anträge zunächst in den Fachgremien vorberaten werden können und anschließend gegebenenfalls wieder in den Gemeinderat zurückgehen können.

Herr Karl (Schul- und Sportamt) erläutert, im ursprünglichen Antrag der GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion, der in den Schulbeirat verwiesen worden sei, gehe es um die Aspekte „Einhaltung des Qualitätsrahmens für Ganztagschulen des Landes Baden-Württemberg“, „bauliche Qualitätsverbesserung“, „Flexibilisierung des zeitlichen Rahmens der Ganztagschule“ und „personelle Probleme“. Die Verwaltung schlage vor, in drei Arbeitsgruppen („Qualitätsrahmen Ganztagschule“, „Räumliche Situation“, „Personelle Situation“) Lösungen für die thematisierten Probleme zu erarbeiten. Die Einhaltung des Qualitätsrahmens für Ganztagschulen falle in den Aufgabenbereich der staatlichen Schulverwaltung. Die Federführung der Arbeitsgruppe „Qualitätsrahmen Ganztagschule“ müsse daher beim Staatlichen Schulamt angesiedelt werden.

Frau Stadträtin Binder (DIE LINKE.) erläutert den Ergänzungsantrag der LINKEN.-Gemeinderatsfraktion. In ausführlichen Gesprächen mit den Erziehungskräften der Grundschule am Wasserturm habe sich herausgestellt, dass sich bereits bestehende Probleme im Ganztagsbetrieb durch die Auswirkungen der Pandemie weiter verschärft hätten. Ein fester Bestandteil des Ganztagskonzept sei das Tandem Lehrkraft-Erziehungskraft. Während der Pandemie hätten sich die Lehrkräfte aus dem Nachmittagsband zurückgezogen. Eine Erziehungskraft fehle aufgrund einer Langzeiterkrankung. Es fehle Bewegungsfläche, da sich auf dem Sportplatz Container der Kita befänden. Ungünstige bauliche Gegebenheiten führten zu einer hohen Geräusentwicklung, die insbesondere Mittagessenssituation stark belaste. Zur Entspannung der Situation könnte die Unterstützung durch zusätzliche Erziehungskräfte, Erziehungskräfte im Anerkennungsjahr oder Bufdis beitragen. Auch eine Besetzung des Schulsekretariats über 12 Uhr hinaus, eine vorübergehende zeitliche Reduzierung des Ganztagsbetriebs bis maximal 15 Uhr und eine stellvertretende pädagogische Teamleitung könnte das pädagogische Team entlasten.

Herr Stadtrat Bauer (GRÜNE) erklärt, die von Anfang an bestehenden Raumengpässe an der Schule hätten sich durch die Pandemie weiter verschärft, sodass die geforderte Kohortenbildung im Rahmen des verbindlichen Ganztagsmodells an vier Tagen mit jeweils acht Stunden nicht umgesetzt werden könne. Er bittet darum, den bestehenden Druck im Hinblick auf die personelle und die bauliche Situation ernst zu nehmen. Den Vorschlag der Verwaltung, die Thematik in Arbeitsgruppen zu bearbeiten, könne seine Fraktion mitgehen. Er überlegt, ob die bestehenden Probleme durch kurzfristige Umstellung des Ganztagsbetriebs auf das Zeitmodell drei Tage-acht Stunden oder auf die Wahlform abmildert werden könnten, oder ob die unter TOP 2 vorgestellte Strategie für ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote für Grundschulkindern an diesem Standort pilotprojektartig vorgezogen werden könnte. Kritisch stehe er der Idee von Personalverschiebungen gegenüber, da Erziehungskräfte überall knapp seien.

Herr Dr. Jakob (Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber der für die Berufserziehung von Schülerinnen und Schülern Mitverantwortlichen) und **Herr Stadtrat Müller** (CDU) verlassen den Sitzungssaal.

Herr Stadtrat Hofmann (CDU) erinnert daran, dass der Gemeinderat sich einstimmig für die Einrichtung einer dreizügigen Grundschule nach skandinavischem Modell für den neu entstehenden Stadtteil Südstadt-Ost ausgesprochen hatte. Der Antrag sei vom Land nicht genehmigt worden. Daher gebe es bereits seit dem Start der Schule Raumprobleme. Für die grundsätzlichen räumlichen Probleme müssten im Rahmen der baurechtlichen Möglichkeiten Lösungen erarbeitet werden. Die Umstellung auf Ganztagsbetrieb in Wahlform betrachte er nicht als zielführend. Die personelle Situation müsse gesondert betrachtet werden.

Auch **Frau Stadträtin Uysal** (SPD) rät von der Umstellung des Ganztagsbetriebs auf die Wahlform ab und plädiert für die Suche nach Lösungen, mit denen der vorgesehene Bildungsplan umgesetzt werden könne. Die Pandemie habe auch alle anderen Schulen vor Herausforderungen gestellt. Als Schulträger müsse man alle Schulen im Blick behalten und auch alle gleich behandeln.

Herr Dr. Stein (Staatliches Schulamt Karlsruhe) versichert, die Schule setze die pädagogischen Anforderungen des Qualitätsrahmens des Landes für Ganztagschulen im Rahmen der räumlichen Möglichkeiten in der geforderten Weise um, und auch die Personalfluktuations sei nicht größer als an anderen Schulen. Insbesondere der Einsatz von Lehrkräften als Krankheitsvertretung sei stets zeitlich befristet.

Frau Kuropka informiert, der Stadtjugendausschuss (StJA) sei seit Beginn Kooperationspartner für den Ganztagsbetrieb an der Schule. Dank der großzügigen Unterstützung des Gemeinderats, Erziehungskräfte zu finanzieren, die die Lehrkräfte unterstützen, könne ein multiprofessionelles Team den Ganztagsbetrieb aus verschiedenen Blickwinkeln und mit unterschiedlichem fachlichem Hintergrund betrachten. Das Team unterstütze gemeinsam die Entwicklungs- und Entfaltungsmöglichkeiten der Kinder und gestalte den Lebens- und Lernort. Der StJA begrüße die Einrichtung der Arbeitsgruppen, in denen die kritischen Aspekte in den Blick genommen werden und bittet um Prüfung der Einsatzmöglichkeit einer achten Erziehungskraft, um jeder Klasse eine Erziehungskraft zur Seite stellen und feste Kohorten bilden zu können.

Auf Nachfrage von **Frau Stadträtin Binder** (DIE LINKE.) bestätigt **Herr Frisch** (Schul- und Sportamt), dass die Teamleitungen in die geplanten Arbeitsgruppen einbezogen werden.

Herr Stadtrat Bauer (GRÜNE) und **Frau Stadträtin Binder** (DIE LINKE.) bestätigen, dass sie den Vorschlag der Verwaltung akzeptieren.

Der Vorsitzende lässt sich von den anwesenden Fraktionen bestätigen, dass sowohl der ursprüngliche Antrag der GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion als auch der Ergänzungsantrag der LINKE.-Gemeinderatsfraktion mit der Antwort der Verwaltung erledigt sei.

Beschluss:

(Der Schulbeirat empfiehlt dem Gemeinderat, die skizzierte Vorgehensweise zur Kenntnis zu nehmen.) Beide Anträge werden für erledigt erklärt, also folgt keine Weiterbehandlung im Gemeinderat.

TOP 4 Pilotprojekt Ganztagsangebot für Schülerinnen und Schüler in Vorbereitungs-klassen
- Vorlage –

Der Vorsitzende begrüßt **Frau Prof. Dr. Treibel-Illian** vom Institut für Transdisziplinäre Sozialwissenschaft der Pädagogische Hochschule Karlsruhe und **Herrn Hutt** (Konrektor der Schiller-Grundschule):

Frau Hopfengärtner (Schul- und Sportamt) berichtet über das im Schuljahr 2020/21 am Standort Schillerschule erstmals durchgeführte Pilotprojekt. Da für die Teilnahme der Schülerinnen und Schüler aus internationalen Vorbereitungsklassen (VKL-Klassen) am Ganztagsbetrieb seitens des Landes keine Ressourcen zur Verfügung gestellt würden, habe eine Arbeitsgruppe (Stadtjugendausschuss Karlsruhe e. V., Schul- und Sportamt, Pädagogische Hochschule Karlsruhe) ein Konzept erarbeitet, um für diese Schülerinnen und Schüler die Teilnahme an einem Ganztagsangebot zu ermöglichen. Die Stadt Karlsruhe habe das Projekt durch die Finanzierung von zwei Einsatzkräften des Freiwilligen Sozialen Jahrs (FSJ) unterstützt. Im Rahmen einer Online-Veranstaltung im Juni wurde ein positives Zwischenfazit der Umsetzung des Projekts gezogen. Auch wenn das Projekt coronabedingt nicht vollumfänglich wie ursprünglich geplant durchgeführt werden konnte, hätte die soziale Integration der am Projekt beteiligten Schülerinnen und Schüler Früchte getragen. Aufgrund der positiven Erfahrungen beabsichtigt die Schillerschule, das Projekt im Schuljahr 2021/22 weiterzuführen, und auch die anderen Ganztagsgrundschulen mit VKL-Klassen hätten deutliches Interesse an diesem Projekt signalisiert. Für das Gelingen seien funktionierende Kooperationsstrukturen enorm wichtig. Wesentlich sei auch ein mit allen Kooperationspartnern abgestimmtes Konzept zur Integration der Schülerinnen und Schüler in den schulischen Ganztagsbetrieb.

Frau Stadträtin Binder (DIE LINKE.) verlässt den Sitzungssaal.

Frau Prof. Dr. Treibel-Illian informiert, die PH sei über den Master-Studiengang „Interkulturelle Bildung, Migration und Mehrsprachigkeit in das Projekt eingebunden. Der Start des Projekts sei pandemiebedingt holprig gewesen. Umso beeindruckter sei sie von dem großen Zuspruch, den das Projekt bisher erfahren habe. Die Zusammenarbeit der beteiligten Akteure habe gut funktioniert, und die FSJler habe sie als enorm bereichernd und kreativ erlebt. Sie wirbt für Unterstützung, Ausbau und Verstetigung des Projekts. Die PH werde die Erfahrungen wissenschaftlich nutzen. Eine Evaluation werde zum Herbst zur Verfügung stehen.

Herr Hutt ergänzt, die VKL-Schülerinnen und -Schüler hätten von dem Projekt stark profitiert. Durch die ganztägige Begleitung und Förderung der Kinder seien die FSJ-Kräfte ein hilfreiches Bindeglied zwischen Regelunterricht und Nachmittagsangebot. Wichtige pädagogische Informationen konnten so zwischen diesen Bereichen transportiert werden. Die Schule würde das Angebot gerne verstetigen.

Frau Stadträtin Dr. Sardarabady (GRÜNE) dankt für die Hartnäckigkeit und das außerordentliche Engagement, mit denen dieses Projekt auf den Weg gebracht wurde. Förderung von Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit – insbesondere auch für Neuzugewanderte - sei ein traditionelles Anliegen ihrer Fraktion. Die Teilnahme am Ganztags spiele eine bedeutende Rolle bei der Integration der Kinder. Wichtig sei der zeitliche Aspekt, durch den die Kinder eine Tagesstruktur erfahren und mehr Gelegenheit zum Spracherwerb erhielten. Darüber hinaus entstünden für Eltern auf diese Weise Freiräume für eigene Integrationsmaßnahmen. Schon allein aus organisatorischen Gründen ziehe sie ein ganzheitliches Ganztagsangebot externen Förderangeboten vor. Wichtig sei auch, dass die Regelklassen auf diese Weise Vielfalt als Normalität und Selbstverständlichkeit erfahren. Durch die Evaluation der PH werde das Projekt stark aufgewertet. Sie begrüße die Weiterführung und Ausweitung des Projekts. Dies werde auch in der städtischen Internationalisierungsstrategie empfohlen.

Auch **Frau Stadträtin Uysal** (SPD) plädiert für eine Fortsetzung und Ausweitung des Projekts und möchte wissen, ob die FSJler bei dieser interkulturellen Aufgabe Unterstützung erhalten.

Frau Hopfengärtner (Schul- und Sportamt) erklärt, bereits bei der Auswahl achte man darauf, dass die FSJler eine entsprechende Motivation und im besten Fall bereits Erfahrungen in diesem Bereich mitbringen. Darüber hinaus durchliefen sie ein Qualifizierungsprogramm über den Träger.

Frau Kuroпка ergänzt, das Themenfeld Interkulturalität werde in den Seminaren der FSJler behandelt und auch bei den Einführungstagen, die der Stadtjugendausschuss für neue Mitarbeitende im Ganztage anbiete, thematisiert.

Beschluss:

Der Schulbeirat empfiehlt dem Gemeinderat einstimmig, den Zwischenbericht zum Pilotprojekt „Ganztagsangebote für Schülerinnen und Schüler in Vorbereitungsklassen“ zur Kenntnis zu nehmen und die Einrichtung von drei weiteren Stellen für Freiwillige im Sozialen Jahr (FSJ) zur Ausweitung des Projekts „Ganztagsangebote für Vorbereitungsklassen“ ab dem Schuljahr 2022/23 zu beschließen.

TOP 5 Berufsausbildungsgänge an beruflichen Schulen

- Vorlage -

Frau Stadträtin Großmann (GRÜNE) erläutert, ihre Fraktion habe um eine Darstellung der Berufsausbildungsgänge an beruflichen Schulen gebeten. Die vorgelegten Zahlen würden zwar einen verhältnismäßig stabilen Zustand aufzeigen, vor allem im Handwerk jedoch seien die Zahlen in einigen Ausbildungsberufen rückläufig. Insbesondere interessiere ihre Fraktion der aktuelle Sachstand im Hinblick auf die Abteilung Farbe der Heinrich-Hübsch-Schule. Sie möchte wissen, ob der Standort Karlsruhe für den Bereich Farbe erhalten bleiben könne. Ihre Fraktion plädiere für den Verbleib der Abteilung Farbe am Standort Karlsruhe. Über die Bedeutung für das Karlsruher Handwerk hinaus würden mit der Verlagerung nach Bruchsal auch zahlreiche Projekte der Schule (beispielsweise für Flüchtlinge) für Karlsruhe verloren gehen.

Herr Frisch (Schul- und Sportamt) erklärt, die Standortfrage der Abteilung Farbe der Heinrich-Hübsch-Schule begleite ihn schon seit mindestens 20 Jahren. Ausgangslage sei gewesen, dass die Schule nach dem bestehenden Raumprogramm erweitert werden sollte, aber es konnte kein geeignetes Grundstück in Karlsruhe, an dem ein Neubau hätte realisiert werden können, gefunden werden. Der Landkreis habe freie Kapazitäten in Bruchsal signalisiert, sodass die Zusammenführung der Abteilungen Farbe Karlsruhe und Bruchsal am Standort Bruchsal in einem Fachausschuss des Regierungspräsidiums thematisiert wurde. Im Gegenzug hätte der Holzbereich beider Schulen am Standort Karlsruhe zusammengelegt werden sollen. Als diese Planungen sich konkretisiert hätten, habe die Schulleitung der Heinrich-Hübsch-Schule erklärt, dass die Abteilung Farbe aufgrund rückläufiger Schülerzahlen am aktuellen Standort verbleiben könne. Nun werde mit Blick auf das Gebäude untersucht, ob die Schule auch zukünftig an diesem Standort gut und sicher arbeiten könne. Sofern dies nicht möglich sei, müsse man auch über regionale Lösungen nachdenken. Ein Neubau für diese Schule mit den erforderlichen technischen Einrichtungen würde mindestens 20 Millionen Euro kosten. Sofern der politische Wille in Richtung eines Verbleibs der Abteilung Farbe am derzeitigen Standort weise, werde man zunächst diese Lösung weiterverfolgen.

Frau Stadträtin Uysal (SPD) merkt an, das Regierungspräsidiums habe dem Kultusministerium empfohlen, den Standort zu erhalten.

Herr Frisch (Schul- und Sportamt) stellt klar, die Empfehlung betreffe nicht grundsätzlich den Standort der Abteilung Farbe sondern beziehe sich auf die Fachschule (Meister- und Technikerschule). Eine Rückmeldung des Kultusministeriums liege dazu noch nicht vor.

Herr Stadtrat Cramer (KAL) erklärt nachdrücklich, dass seine Fraktion keine Verlagerung nach Bruchsal wünscht.

Auch **Herr Stadtrat Hofmann** (CDU) plädiert für den Verbleib am Standort Karlsruhe. Nur wenn die baulichen Voraussetzungen wie Sicherheitsaspekte und andere erforderliche gebäudemäßige Standards nicht eingehalten werden könnten, solle eine Kooperation mit Bruchsal angestrebt werden.

Ohne Aussprache ergeht folgender **Beschluss:**
Der Schulbeirat nimmt Kenntnis.

**TOP 6 Gesamtbetreuungskonzeption der Stadt Karlsruhe für Angebote im
Rahmen der flexiblen Nachmittagsbetreuung für Schulkinder**
- Vorlage -

Herr Karl (Schul- und Sportamt) erläutert, die flexible Nachmittagsbetreuung sei ein wichtiger Baustein im städtischen Angebotsportfolio. Damit die gegenwärtigen Anbieter (Kinder-Stadtkirche, Stadtjugendausschuss, Hort an der Gartenschule und Schulstiftung der Erzdiözese Freiburg: Sankt Dominikus Gymnasium) den Landeszuschuss für diese Angebote erhalten, müssten diese eine Bestätigung der Kommune vorlegen, aus der hervorgehe, dass diese Betreuungsangebote im Rahmen der Gesamtkonzeption der Kommune stattfänden. Für die genannten Anbieter seien diese Bescheinigungen ausgestellt worden. Bei weiteren Anbietern solle gegebenenfalls ebenso verfahren werden.

Ohne Aussprache ergeht folgender **Beschluss**:

Der Schulbeirat empfiehlt dem Gemeinderat *einstimmig*, zu bestätigen, dass die Angebote der genannten Träger und bei Bedarf weiterer Träger im Rahmen der Gesamtbetreuungskonzeption für die flexible Nachmittagsbetreuung der Stadt Karlsruhe erfolgen.

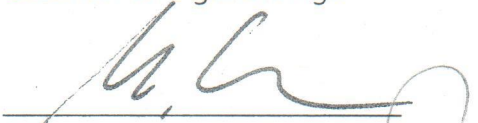
TOP 7 Mitteilungen des Bürgermeisteramtes

Es liegen keine Mitteilungen des Bürgermeisteramtes vor.

Um 18:55 Uhr beendet **der Vorsitzende** die Sitzung.

Karlsruhe, 14. September 2021

Gesehen und genehmigt:



Martin Lenz
Bürgermeister 15.09.21



Erika Schäfer
Schriftführerin